

Protokoll öffentlicher Teil Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Strukturwandel Datum: 10.06.2021, Beginn: 18:00 Uhr, Ende: 20:47 Uhr Ort: Videokonferenz Leiter der Beratung: Herr Gunnar Kurth

1. Eröffnung

Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Anwesende stimmberechtigte Mitglieder:

Herr Käks	Fraktion CDU
Herr Kaps	Fraktion AUB/SUB
Herr Kaun	Fraktion DIE LINKE.
Frau Kostrewa	Fraktion SPD
Herr Kurth	Fraktion SPD
Herr Micklich	Fraktion GfC
Herr Sicker	Fraktion UC/FDP
Frau Spring-Räumschüssel	Fraktion AfD
Herr Strese	Fraktion CDU
Herr Weißflog	Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Anwesende sachkundige Einwohner:

Herr Biemann	Fraktion AUB/SUB
Herr Fritsch	Fraktion AfD
Herr Grenz	Fraktion CDU
Herr Jähne	Fraktion SPD
Herr Rauer	Fraktion UC/FDP
Herr Röder	Fraktion CDU

Anwesende Gäste: siehe Teilnehmerliste

I. Öffentlicher Teil I

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung

zu TOP 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

- Ordnungsgemäß geladen
 - Beschlussfähigkeit/ Anwesenheit
- Von 11 stimmberechtigten Mitgliedern sind 10 Mitglieder anwesend
0 Mitglied vertreten / 1 Mitglieder entschuldigt.

Der Ausschuss Wirtschaft, Beteiligungen und Strukturwandel ist beschlussfähig.

zu TOP 3 Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung

Protokoll vom 04.05.2021

Das **öffentliche** Protokoll vom 04.05.2021 wird bestätigt 10:0:0.

Zu TOP 4 Bestätigung der Tagesordnung der Sitzung

Herr Kurth informiert, dass die nö Vorlage IV-041/21 von der Verwaltung zurückgezogen wurde und daher von der Tagesordnung genommen wird.

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen 10:0:0.

Zu TOP 5 Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung

Es liegen keine Unterlagen vor.

Zu TOP 6 Berichte und Informationen

Zu TOP 6.1 Bericht des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg

Prof. Dr.-Ing. Jörg Steinbach / Minister für Wirtschaft, Arbeit und Energie

Für den Prozess der Strukturentwicklung wünscht sich Herr Prof. Steinbach eine proaktive Gestaltung, ausreichend Geduld und das Lernen von anderen Regionen. Er erläutert kurz die wesentlichen Förderziele der beiden Arme des Strukturstärkungsgesetzes StrStG – Landes- und Bundesarm – und welche Art von Projekten gefördert werden sollen.

Ausführlicher beschreibt Herr Prof. Steinbach den Just Transition Fund (JTF) der Europäischen Union, aus welchem das Land Brandenburg zusätzlich Fördermittel von 786 Mio. Euro für den Strukturwandel in den Kohleregionen gewinnen konnte. Ziel dieses Fonds ist die Angleichung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der EU. Diese Mittel werden allerdings zu 85% mit den Mitteln aus dem StrStG verrechnet. Diese zusätzlichen Mitteln aus dem JTF ermöglichen die Förderung von Unternehmen, welche nach den Richtlinien des StrStG nicht möglich war.

In der anschließenden Diskussion wird insbesondere der Prozess und die Zielrichtung der Beantragung der Mittel aus dem JTF besprochen. Herr Prof. Steinbach erklärt, dieser Prozess habe gerade erst begonnen und wird auf Landesebene geprüft.

Eintritt der WRL in das Land: Man befindet sich im Übergangsprozess und frühestens im August sei mit einem Kabinettsbeschluss zu rechnen.

Nichtberücksichtigung mehrerer Verkehrsprojekte: Herr Prof. Steinbach erklärt am Beispiel der Autobahnanbindung des TIP, wie wichtig dieses Thema grundsätzlich ist. Er verweist darauf, dass das StrStG auch den Ausbau von Infrastruktur verfolgt, und dass das Ministerium für Infrastruktur an der IMAG beteiligt ist.

Zur Ablehnung des „B-Plans Bahnwerk“: Herr Prof. Steinbach stellt klar, dass es sich um das Teilprojekt Technologiezentrum handelt, und dass es aktuell einen anderen, als den zuletzt kommunizierten, Stand gäbe.

Kleinteilige Struktur der Gewerbeflächen: Ist problematisch, da die im Regelfall angefragten Flächenanfragen von 20-30 ha nicht bedient werden können.

Investitionen in die Energie-/Versorgungsinfrastruktur und die Finanzierung: Es müsste zunächst eine strukturierte Planung geben, um entsprechende Bedarfe zu erkennen, um dann Aussagen zur Finanzierung zu treffen.

Mögliche Verdreifachung des Strombedarfs: Große Vorhaben wie die Hochschulmedizin am CTK oder das Bahnwerk müssen ihren notwendigen Bedarf an Energie-Infrastruktur im Rahmen ihrer eigenen Planungen abdecken.

Finanzausgleichsausgesetz: Herr Prof. Steinbach verweist an das zuständige Finanzministerium.

Anschließend geht Herr Prof. Steinbach kurz auf die eingereichten Fragen ein:

Aktuell sind keine Landesmittel für die universitäre Medizin eingestellt, für den Uni-Campus sind im Rahmen des StrStG 1 Mrd. Euro angemeldet. Zum Stand der Mediziner Ausbildung verweist er an das zuständige Ministerium.

Breitbandausbau: Es stehen 9,2 Mio. Euro bereit, je zur Hälfte vom Bund und Land finanziert. Im Haushalt des Landes sind beim Breitbandausbau darüberhinaus mögliche Mehrkosten von bis zu 60 Mio. Euro abgedeckt.

Förderung der Ausbildung für die Wirtschaft: Diese werden u.a über Mittel aus dem ESF gefördert, z.B. für die duale Ausbildung. Die Berufsschullehrerausbildung liegt in Verantwortung der Ministerien MBJS sowie MWFK, eine Bedarfsstudie ist in Arbeit.

Prioriäre Branchen im Rahmen der Strukturentwicklung des Landes: Gesundheitstechnik/ Pharmazie, Energiewirtschaft, moderne Mobilität sowie die klassische Industrie in Maschinenbau/ Elektrotechnik.

Die Wirtschaftsfördergesellschaft des Landes WFBB plant eine Kampagne, um aus den Zielregionen USA, Südkorea und Japan wie auch innerhalb Deutschlands Ansiedlungen anzuziehen.

Die Einbindung der Stadt Cottbus/Chósebus in den Strukturwandelprozess: Erfolgt über die WRL. Diese ist der verlängerte Arm der Landesregierung in die Region. Verlagerungen von Ministerien in die Lausitz stünden nicht mehr zur Debatte.

Zu TOP 6.2 Vorstellung des Projektes 2. Gleis Lübbenau- Cottbus

Dr. Alexander Altmeyer und Thomas Knothe, DB Netz AG

Die Herren Dr. Altmeyer und Knothe stellen anhand einer Präsentation kurz den Inhalt und den zeitlichen Ablauf des Projektes vor.

Höhere Geschwindigkeiten als 160 km/h: Dies sei nicht möglich, da die Streckenstruktur aufgrund vorhandener Querungen keine höhere Geschwindigkeit zulasse. Trotzdem könne ein ICE diese Strecke nutzen, allerdings beschränkt auf 160 km/h.

Taktung Berlin-Cottbus auch alle 20min möglich? Diese Frage kann nicht beantwortet werden, dazu müsse es zuerst Untersuchungen geben und gegebenenfalls die Aufgabenstellung geändert werden, was sehr kostenintensiv sein könne.

Kritik lange Bauzeit: Herr Altmeyer verweist auf geltende Gesetze und Bestimmungen, welche entsprechende Fristen und Beteiligungen vorsehen, und dass er keine Spielräume sieht. Herr Knothe ergänzt, dass die Nichteinhaltung dieser Regularien mögliche Klagen nach sich ziehen könnte, welche den Prozess erheblich verzögern könnten.

TOP 7 Vorlagen der Verwaltung

Wegen Technik-Problemen wird der TOP 7.2 vor den TOP 7.1 vorgezogen.

Zu TOP 7.2 **Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan „Schwimmende
Photovoltaikanlage Cottbuser Ostsee“ sowie Änderung/Ergänzung des
Flächennutzungsplanes (FNP)**
IV-037/21 Geschäftsbereich IV, Fachbereich Stadtentwicklung

Anhand einer Präsentation stellen die Herren Hollnick (STV Cottbus/Chósebus), Bayer (LEAG) sowie Leppin (EPNE) das Projekt vor.

In der anschließenden Diskussion wird die Frage zur Genehmigungsfähigkeit nach dem WHG durch Herrn Hollnick bejaht. Aktuell gibt es noch keine Abstimmungen oder Planungen, wie dieses Projekt mit möglichen „Highlights“ auf dem Ostsee verknüpft werden könne.

Bedenken zu möglichen Rutschungen im See und negativer Auswirkungen auf die Anlage und ihre Kabelanbindung werden durch Herrn Bayer ausgeräumt. Diese Sachverhalte sind ingenieurseitig und seitens des Bergamtes geprüft. Die aktuellen Entwicklungen zum Thema Reduzierung Zielwasserstand sieht Herr Bayer als unproblematisch für die Anlage.

Abschließend wurde über den Nutzen dieses Projektes für die Stadt Cottbus/Chósebus und die Entwicklung des Ostsees diskutiert sowie die wirtschaftlichen Gründe der LEAG für dieses Projekt dargelegt.

Abstimmung (Ja : Nein : Enthaltung): 4:0:5

Die Vorlage ist somit bestätigt.

Zu TOP 7.1. **Aufstellungsbeschluss - Bebauungsplan Nr. W/47/121 „Viehmarkt“**
IV-031/21 Geschäftsbereich IV, Fachbereich Stadtentwicklung

Herr Hauzenberger stellt den Bebauungsplan anhand einer Präsentation vor. Die Stellungnahme des Bürgervereins liegt vor.

Abstimmung (Ja : Nein : Enthaltung): 9:0:0

Die Vorlage ist somit bestätigt.

TOP 8 Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung

Zu TOP 8.1 **Erarbeitung einer Konzeption für den Technologie- und Industriepark
(TIP) Cottbus**
AT-23/21 Fraktion AfD

Eingangs erläutert Herr Korb den aktuellen Sachstand zum Konzept der Vermarktung des TIP und zur inhaltlichen Ausrichtung. Dieses ist bei der EGC in Arbeit, wird weiter qualifiziert und voraussichtlich Ende des Jahres fertiggestellt. Anschließend wird diskutiert, inwiefern dieser Antrag noch erforderlich ist und ob der Antrag aufrecht erhalten werden soll.

Abstimmung (Ja : Nein : Enthaltung): 1:5:3

Der Antrag wird abgelehnt.

**Zu TOP 8.2 Erarbeitung einer Konzeption für die Stadt Cottbus auf der Basis des
Lausitzprogramms (Kompetenzfeldanalyse)**
AT-26/21/ Fraktion AfD

Frau Spring-Räumschüssel erläutert kurz die Intention des Antrags und bittet den Ausschuss um Unterstützung. Anschließend wird insbesondere über die Notwendigkeit dieses Antrags diskutiert.

Abstimmung (Ja : Nein : Enthaltung): 1:4:4

Der Antrag wird abgelehnt.

**Zu TOP 8.3 Prüfung des Einsatzes der SimRa- App zur Erfassung von Verkehrsdaten
für die Planung des Radverkehrs in Cottbus**
AT-27/21 Fraktion SPD

Frau Kostrewa erläutert kurz den Inhalt und die Zielrichtung des Antrags.

Abstimmung (Ja : Nein : Enthaltung): 7:0:2

Der Antrag wird bestätigt.

TOP 9 Sonstiges
Es liegen keine Unterlagen vor.

Ende öffentlicher Teil: 20:47 Uhr

Gunnar Kurth
Vorsitzender des Ausschusses
für Wirtschaft, Beteiligungen und Strukturwandel

Nico Jarick
Protokollant